

Bürgermeister der Stadt Boppard  
Herr Dr. Walter Bersch

56154 Boppard

Datum: 06.02.2010

## **Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz Zukunftsfähige Kommunalstrukturen auch in Boppard**

Sehr geehrter Herr Dr. Walter Bersch,

nachfolgenden Antrag bitten wir auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratsitzung zu setzen:

### **Antrag der FWG Boppard e. V. auf Prüfung der Möglichkeit zur Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard und Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard-Land (Mittelrhein)**

Der Stadtrat hat sich bereits Anfang 2009 mit einem gleichlautenden Antrag der FWG befasst und sich mehrheitlich dagegen ausgesprochen. Die Diskussion über dieses Thema hat uns nicht geschadet. Also bleibt es weiterhin auf der Agenda.

Wie den jüngsten Presseberichten zu entnehmen ist, wird andernorts das Thema „Kommunal- und Verwaltungsreform“ weiter diskutiert. Wir sind der Meinung, dass das „Bopparder System“ einer Neuordnung im Welterbetal im Wege steht. Wenn eine Gebietsreform kommt, die diesen Namen verdient – und sie wird kommen – steht die Einheitsgemeinde der Stadt Boppard ganz sicher auf dem Prüfstand (Linksrheinisch wird Fusion schwierig, so Rhein-Hunsrück-Zeitung am 03.02.2010). Es gilt daher auch für die Stadt Boppard, sich diesem Thema erneut anzunehmen und die Weichen für die Zukunft frühzeitig zu stellen. Eine Partnersuche kann nur dort zu glücklichen Bindungen führen, wo der Blick nach rechts und links gestattet ist.

Wir wissen, dass tiefgreifende Veränderungen immer auf Widerstand stoßen. Gerne wird an dem Alten festgehalten und die Nachteile und Ängste vordergründig in den Raum gestellt. Es wird sich zuwenig mit den Chancen, die daraus entstehen befasst.

**Öffnung heißt für uns die Devise.** Alternativen dazu gibt es nicht. Wer sich isoliert, wird keine Zukunft haben. Der fortschreitende demographische Wandel wird alle Lebensbereiche einholen, so auch die kommunalen Strukturen. In Zeiten, wo sich Grenzen auflösen (Stichwort: Rheinbrücke) ist ein neues, ein übergreifendes

Denken gefragt. Zwischen Hunsrück und Rhein, wie auch zwischen dem Rhein-Hunsrück-Kreis und seinen Nachbarn.

**Natürlich gibt es Reformbedarf.** Schon Bürgermeister Wolfgang Gipp (SPD) sah die Einheitsgemeinde trotz der theoretischen Vorteile wie der Verwaltungsvereinfachung nicht als wirkliche Alternative zu den üblichen Verbandsgemeinden an, so nachzulesen in der Sonderbeilage Rhein-Hunsrück-Zeitung „25 Jahre Rhein-Hunsrück-Kreis – 25 Jahren Verbandsgemeinden“.

Gebietliche Veränderungen mit Augenmaß, eine bürgernahe Verwaltung und eine kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungen sind uns besonders wichtig.

Der Zusammenschluss der ehemals selbständigen Gemeinden Boppard, Bad Salzig, Buchholz, Holzfeld, Hirzenach, Herschwiesen, Oppenhausen, Rheinbay, Udenhausen und Weiler zu einer Städteinheit haben zwar Vorteile, sind aber auch mit vielen negativen Auswirkungen vor allem für die kleineren Ortsbezirke verbunden.

Unsere Verwaltungs- und Gebietsstrukturen sind Spiegelbild der Gesellschaft und müssen mit ihr wandeln. Nach den vorliegenden Beobachtungen und Einschätzungen darf davon ausgegangen werden, dass die erforderliche Verbundenheit der Einwohnerschaft mit ihrem Heimatort, das Maß an Vereins- und sonstigem gesellschaftlichem und politischem Engagement auf Ortsebene nach wie vor im Grundsatz vorhanden ist.

In seinem Aufsatz über die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung führt Universitätsprofessor Dr. jur. Johannes Dietlein Folgendes aus:

*„Vor allem aber treffen gerade territoriale Reformen – anders als die oftmals viel gravierenden Funktionalreformen – das Herzstück dessen, was die Bürger als ihre Heimat und als Teil ihrer persönlichen und familiären Identität empfinden. Diese örtliche Identität wird als hoher Wert wahrgenommen – und das durchaus zu Recht. Denn die örtliche Verwurzelung, die lokale Verbundenheit sind gleichsam der „Motor“ des Verfassungsprinzips der kommunalen Selbstverwaltung und zugleich der eigentliche Antrieb für ehrenamtliches Engagement. **Und so ist der kommunalen Selbstverwaltung nirgendwo mehr Schaden zugefügt worden als dort, wo diese lokale Identität gering geschätzt oder gar außer Acht gelassen wurde.**“*

Aus den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen wir verstärkt den Wunsch nach Selbständigkeit und Eigenverantwortung hinsichtlich der Planungs- und Finanzhoheit fest. Seit vielen Jahren ist festzustellen, dass die aus den Ortsbezirken eingebrachten Vorschläge nur ungenügend Berücksichtigung finden.

Die Erwartungen der Menschen nach dringend notwendigen Verbesserungen und Konzepten wurden nicht erfüllt. Vielmehr ist eine Frustration zu verzeichnen, weil in der Kernstadt millionenschwere Projekte angegangen werden und die Belange der kleineren Ortsbezirke unwichtig erscheinen. Es ist zu befürchten, dass dringend notwendige Maßnahmen in den Ortsbezirken zeitlich geschoben bzw. auf Jahre ausgesetzt werden müssen. Dies können und wollen wir im Interesse der Ortsbezirke so nicht länger hinnehmen. Dass es sich dabei nicht nur um Behauptungen oder

persönliches Empfinden der Bürgerinnen und Bürger handelt, zeigt eine Auswertung der Rechnungsergebnisse der letzten Jahre.

Es ist festzustellen, dass die Ortsbeiräte, aber auch die Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend weniger engagieren und Probleme haben sich mit der Entscheidungsfindung zu identifizieren. Dies zeigen die jährlichen Haushaltsberatungen in den Ortsbezirken. In der Regel bleibt nur der Verweis auf die gefassten Beschlüsse der Vorjahre. Viele Ortsbezirke finden sich im Haushalt der Stadt Boppard nicht wieder.

Auch hier im Stadtrat ist nicht jeder Ortsbezirk durch eine Vertreterin oder einen Vertreter repräsentiert.

Die selbständige Ortsgemeinde macht Mut zur **Eigeninitiative**. Dem ehrenamtlichen Engagement würde ein neuer Schub verliehen.

### Zentralisierung von Verwaltungskompetenz, aber Dezentralisierung der Entscheidungskompetenz

Das System der Verbandsgemeinde mit den ehrenamtlich verwalteten Ortsgemeinden hat sich bewährt. Dieses System, das gleichwertige Lebensverhältnisse in den ländlichen wie in den städtischen Räumen ermöglicht und auf Dauer sichert, ist Grundlage für demokratisch gesellschaftliche Entwicklungen und das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz. Die durch das System der Verbandsgemeinde möglichen eher kleinräumigen Strukturen sichern Heimat und geben den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Gemeinwesen Identität.

Der Vorteil einer Verbandsgemeinde liegt darin, dass die ihr angehörenden Gemeinden selbst im Rahmen ihrer Planungs- und Finanzhoheit entscheiden können, in welcher Priorität Investitionen durchgeführt werden. D.h. jede Gemeinde stellt einen eigenen Haushalt mit Finanzplanung und Investitionsprogramm auf. Die Verwaltung wäre zum Vollzug der Beschlüsse verpflichtet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, dass es den Verbandsgemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis bedeutend besser geht als der Stadt Boppard.

Quelle Kreishaushalt:

Gemeinde	Voraussichtlicher Stand der <b>Freien Finanzspitze</b> zum 31.12.2009	Voraussichtlicher Stand der <b>liquiden Mittel</b> zum 01.01.2009	Voraussichtlicher Stand der <b>Schulden</b> zum 31.12.2009
Name	€	€	€
1	2	3	4
Stadt Boppard	-7.792.848	1.264.703	15.870.428
VG Emmelshausen	-244.444	11.064.613	2.891.059
VG Kastellaun	-520.281	5.806.770	6.542.307
VG Kirchberg	-1.890.750	19.813.920	3.778.000
VG Rheinböllen	-1.518.386	8.100.100	2.852.074
VG St. Goar-Oberw.	-23.253	2.857.801	3.237.751
VG Simmern	616.220	18.878.912	7.927.614
<b>Gesamtsumme</b>	<b>-8.336.970</b>	<b>67.786.818</b>	<b>43.099.233</b>

Auf das Thema finanzielle Ausstattung selbständiger Ortsgemeinden möchten wir etwas näher eingehen. Zu der ersten Reaktion des Bürgermeisters in 2009 können wir nur feststellen, dass das Thema bewusst auf ein falsches Gleis gelenkt wird. Zu suggerieren, dass allein die Gewerbesteuer die Einnahmequelle der Gemeinden ist, kann so nicht hingenommen werden. Die vermeintliche Abhängigkeit der kleinen Ortsbezirke, die damit zum Ausdruck gebracht werden soll, ist schlichtweg **falsch**.

Die Gewerbesteuer ist lediglich ein Teil der Finanzausstattung. Dies erklärt auch, warum Orte wie St. Goar, Karbach, Alken usw. sich mehr als entwickelt haben und gut aufgestellt sind für die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Wir wissen, dass es in vielen Gemeinden – ohne Gewerbesteuereinnahmen – eine gute finanzielle Ausstattung gibt, die es seit vielen Jahren ermöglicht einen ausgeglichenen Haushalt zu fahren. Die Finanzverfassung gewährleistet, dass alle Gemeinden – und somit auch die Ortsgemeinden – ohne Gewerbesteuereinnahmen eine Mindestfinanzausstattung erhalten, die dazu beiträgt, dass eine gerechte Ausgangsbasis im gesamten kommunalen Bereich geschaffen wird. Das Grundgesetz verpflichtet die Länder, die Gemeinden am Länderanteil der Gemeinschaftssteuern zu beteiligen. Dazu gehören Anteile der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Als Kernstück des kommunalen Finanzausgleichs ist die Schlüsselzuweisung A zu nennen. Die Schlüsselzuweisung A erhalten die Gemeinden, deren Steuerkraftmesszahl unter 76,2 % der landesdurchschnittlichen Steuerkraftmesszahl liegt.

Selbstverständlich bleiben die originären Aufgaben, wie beispielsweise Schulen, zentrale Spiel- und Sportstätten, Abwasserbeseitigung, Flächennutzungsplanung, Tourismus und Feuerwehrwesen bei der Verbandsgemeinde. Auch ist denkbar, dass der zentrale Bauhof im Rahmen einer Vereinbarung für die dann selbständigen Gemeinden tätig ist. Die Zuständigkeit für die Kindergärten könnte ebenfalls im Rahmen einer zu schließenden Vereinbarung zentral bei der Verbandsgemeinde verbleiben. Insoweit gibt es nicht unerhebliche Möglichkeiten der Effizienzsteigerung, und es können auch gute Gründe für eine Verlagerung von anderen Aufgaben auf die Verbandsgemeindeebene vorgebracht werden, insbesondere mit Blick auf mögliche Effizienzgewinne.

**Wir sind nahe am Bürger dran.** Da unser eindringliches Mahnen an den Stadtrat und die Verwaltungsspitze nach einem anderen Umgang mit den Ortsbezirken keine Resonanz fand, sehen wir uns erneut zu diesem Antrag veranlasst. Auch erkennen wir in den Bestrebungen der Landesregierung im Rahmen dieser Kommunal- und Gebietsreform durchaus Ansätze, den Kommunen mehr Eigenständigkeit in selbständigen Ortsgemeinden zu ermöglichen.

### **Die Berichtigung der Kreisgrenze ein Gebot unserer Zeit – Fusionsprozesse fördern**

Ein solcher Schritt eröffnet Boppard die Möglichkeit weitere Partner am Mittelrhein zu finden. So hat der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rhens in der Rhein-Hunsrück-Zeitung am 17.01.2009 sich durchaus positiv zu einer Fusion mit Boppard geäußert, vorausgesetzt Boppard wäre als Verbandsgemeinde organisiert. Die ebenfalls von der Umstrukturierung betroffene Verbandsgemeinde Sankt Goar – Oberwesel sucht auch einen Partner. Ein Zusammenschluss mit Boppard scheidet aus aufgrund der Organisation als Einheitsgemeinde (verbandsfreie Stadt).

**Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, um eine politische Einheit im Mittelrheintal anzustreben und zusammenzufügen, was vor 40 Jahren unsanft getrennt wurde.**

Einer Veränderung der Kreisgrenze steht auch das Innenministerium positiv gegenüber, so Innenminister Bruch in einem Interview mit der Rhein-Zeitung am 09.02.2009. **„Die Kreisgrenzen sind gesetzt, aber wenn Gemeinden das anders sehen, werden wir das prüfen müssen. Nicht nur Fusionen sind ein Mittel“.**

Im übrigen erscheint es wenig plausibel, dass den Kreisen de facto ein höherer territorialer Bestandsschutz gewährt wird als den Gemeinden, obgleich der gemeindlichen Selbstverwaltung – wie seit der „Rastede“-Entscheidung des BVerfG geklärt ist – ein verfassungsrechtlicher Vorrang vor den Kreisen zukommt.

Wir bitten erneut um eine ernsthafte und sachgerechte Diskussion und Prüfung unseres Antrages, da es uns ein besonderes Anliegen ist, unsere Region fit zu machen für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Eine Verbandsgemeinde Boppard – Land oder Mittelrhein mit selbständigen Ortsgemeinden wäre sicherlich leichter zu händeln.

Bei der Diskussion darf auch nicht die Tatsache außer Acht gelassen werden, dass das Land Rheinland-Pfalz bis zum 30.06.2012 für freiwillige Fusionen einen finanziellen Anreiz bietet.

**Fazit:**

Die selbständige Ortsgemeinde macht Mut zu Eigeninitiative. Denn die Identifikation mit der Gemeinde setzt persönliche Zufriedenheit seiner Ortsbewohner voraus.

**Zusammenfassend stellen wir folgenden Antrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit dem Innenministerium zu klären:

1. wie die Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard mit dem Ziel der Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard durchgeführt werden kann,
2. welche Möglichkeit der Fusion mit der Verbandsgemeinde Sankt Goar – Oberwesel bestehen,
3. welche Möglichkeit einer Änderung der Kreisgrenze zur Fusion mit der Verbandsgemeinde Rhens bestehen.

Eine Beteiligung der Ortsbeiräte ist durchzuführen. Über das Veranlasste und die geführten Gespräche ist ab sofort in jeder Stadtratsitzung zu berichten.

Jürgen Schneider  
Stadtratsmitglied

Heinz Klinkhammer  
Stadtratsmitglied